Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Armenien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Armenien –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen" Vermögenswerte jeder Art, insbesondere

   a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;

   b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;

   c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;

   d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;

   e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

   eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

2. bezeichnet der Begriff „Erträge" diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;

3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige"

   a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
   Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

   b) in bezug auf die Republik Armenien:
   Armenier im Sinne der Verfassung der Republik Armenien und des jeweils geltenden Staatsangehörigkeitsgesetzes;

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften"

   a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
   jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,

   b) in bezug auf die Republik Armenien:
   juristische Personen und Unternehmen, die den Status einer juristischen Person besitzen, die der Gesetzgebung der Republik Armenien gemäß gegründet sind und sich im Hoheitsgebiet der Republik Armenien befinden.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Die aufgrund dieses Artikels zu gewährende Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung,

Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;

b) der Erträge;

c) zur Rückzahlung von Darlehen;

d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;

e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder kann er aus einem anderen Grund dieser Tätigkeit nicht nachkommen, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder kann auch er aus einem anderen Grund dieser Tätigkeit nicht nachkommen, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen den Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis zu einem solchen Verfahren.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Artikel 14

Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags tritt der Vertrag vom 13. Juni 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Armenien außer Kraft.

Geschehen zu Eriwan am 21. Dezember 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und armenischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Kinkel

Für die Republik Armenien
Papasian

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Armenien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.

b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

a) Als „Betätigung" im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3.

b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.

c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich" durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;

b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Eriwan am 21. Dezember 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und armenischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Kinkel

Für die Republik Armenien
Papasian

ՊԱՅՄԱՆԱԳԻՐ
Գերմանիայի Դաշնակցային Հանրապետության և Հայաստանի Հանրապետության միջև կապիտալ ներդրումների խրախուսման ու փոխադարձ պաշտպանության մասին

Գերմանիայի Դաշնակցային Հանրապետությունը

ու

Հայաստանի Հանրապետությունը,

կամենալով խորացնել երկու պետությունների տնտեսական համագործակցությունը,

ձգտելով բարենպաստ պայմաններ ստեղծել մի պետության քաղաքացիների կամ ընկերությունների կապիտալ ներդրումները մյուս պետության տարածքում իրականացնելու համար,

գիտակցելով, որ այդ կապիտալ ներդրումների իրականացմանն աջակցելն ու դրանց պայմանագրային պաշտպանությունը կարող են աշխուժացնել մասնավոր տնտեսական նախաձեռնությունն ու բազմապատկել երկու ժողովուրդների բարեկեցությունը,

պայմանավորվեցին ներքոհիշյալի մասին.

ՀՈԴՎԱԾ 1

Սույն Պայմանագրի նպատակների համար

1. «Կապիտալ ներդրումներ» հասակացությունն ընդգրկում է գույքային արժեքների բոլոր տեսակները, մասնավորապես
   ա/ շարժական և անշարժ իրերի սեփականությունը, ինչպես նաև մյուս գույքային իրավունքները, ինչպիսիք են հիպոտեկային իրավունքները և գրավադրման իրավունքները,
   բ/ ընկերություններում մասնեբաժնային մասնակցության և մասնակցության մյուս ձևերի նկատմամբ իրավունքները,
   գ/ տնտեսական արժեքների ստեղծման համար օգտագործված դրամական միջոցների վերաբերյալ կամ տնտեսական արժեք ունեցող ծառայությունների վերաբերյալ պահանջների իրավունքը,
   դ/ մտավոր սեփականության իրավունքները, ինչպիսիք են, մասնավորապես հեղինակային իրավունքները արտոնագրերը, տեխնոլոգիան «Նոու Հաուն» և «գուդվիլը», գրանցված ֆիրմաների նմուշները, անվանումները, արդյունաբերական նմուշները ու մոդելները, ապրանքանիշերը, արտադրական գաղտնիքները,
   ե/ իրավահավասարական կոնցեսիաները, ներառյալ բնական պաշարների հետախուզումն ու արդյունահանումը.

   գույքային արժեքների ներդրման տեսակի փոփոխությունը չի շոշափում դրանց հատկությունը որպես կապիտալ ներդրումի,
2. «Եկամուտներ» տերմինը նշանակում է կապիտալ ներդրման շնորհիվ որոշակի ժամանակամիջոցում ստացվող գումարները, ինչպիսիք են շահույթի մասը, դիվիդենտները, տոկոսները, լիցենզիային կամ այլ վարձատրություններ,
3. «քաղաքացիներ» տերմինը նշանակում է
   ա/ Գերմանիայի Դաշնակցային Հանրապետության նկատմամբ.
   գերմանացիներ Գերմանիայի Դաշնակցային Հանրապետության հիմնական օրենքին համապատասխան։
   բ/ Հայաստանի Հանրապետության նկատմամբ.
   Հայաստանի Հանրապետության Սահմանադրության և գործող օրենսդրության համապատասխան Հայաստանի Հանրապետության քաղաքացի հանդիսացող ֆիզիկական անձինք։
4. «Ընկերություններ» տերմինը նշանակում է
   ա/ Գերմանիայի Դաշնակցային Հանրապետության նկատմամբ.
   ցանկացած իրավաբանական անձ կամ առևտրային ընկերություն, այլ ընկերություններ կամ միավորումներ իրավաբանական անձի իրավունքով կամ առանց դրա, Գերմանիայի Դաշնակցային Հանրապետության տարածքում գտնվելու տեղով, անկախ այն բանից դրանց գործունեությունն ուղղված է շահույթ ստանալուն, թե ոչ։

բ/ Հայաստանի Հանրապետության նկատմամբ.
իրավաբանական անձինք և իրավաբանական անձի կարգավիճակ ունեցող ձեռնարկություններ, որոնք ստեղծված են Հայաստանի Հանրապետության օրենսդրությանը համապատասխան և գտնվում են Հայաստանի Հանրապետության տարածքում:

ՀՈԴՎԱԾ 2

1. Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրը հնարավորությունների սահմաններում խրախուսելու է մյուս Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիների կամ ընկերությունների կապիտալ ներդրումները և այդ կապիտալ ներդրումները թույլատրելու է, իր օրենսդրությանը համապատասխան: Այն յուրաքանչյուր դեպքում, կապիտալ ներդրումների հետ վարվելու է ամենայն արդարամտությամբ:

2. Պայմանավորվող կողմերից ոչ մեկն իր տարածքում կամայական կամ խտրական միջոցներ ձեռնարկելով ոչ մի կերպ չի սահմանափակելու մյուս Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիների կամ ընկերությունների կապիտալ ներդրումների կառավարումն ու տնօրինումը, ինչպես նաև դրանց կիրառումն ու օգտագործումը:

ՀՈԴՎԱԾ 3

1/ Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրն իր տարածքում մյուս Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիների կամ ընկերությունների սեփականությունը հանդիսացող կամ նրանց ազդեցության տակ գտնվող Կապիտալ ներդրումների նկատմամբ ապահովում է ոչ պակաս բարենպաստ գործելակարգ /ռեժիմ/, քան սեփական քաղաքացիների և ընկերությունների կապիտալ ներդրումների կամ երրորդ պետությունների քաղաքացիների և ընկերությունների կապիտալ ներդրումների նկատմամբ:

2/ Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրն իր տարածքում մյուս Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիների կամ ընկերությունների նկատմամբ ապահովում է կապիտալ ներդրումների կապակցությամբ նրանց գործունեությանը վերաբերող հարցում ոչ պակաս բարենպաստ գործելակարգ, քան սեփական քաղաքացիների կամ ընկերությունների կամ էլ երրորդ պետությունների քաղաքացիների և ընկերությունների նկատմամբ:

3/ Այդ գործելակարգը չի վերաբերում այն արտոնություններին, որ մի Պայմանավորվող կողմը տրամադրում է երրորդ պետությունների քաղաքացիներին կամ ընկերություններին մաքսային կամ տնտեսական միությունը ընդհանուր շուկային կամ ազատ առևտրի գոտուն նրանց անդամակցությանը կամ դրանց հետ զուգակցության հիման վրա:

4/ Սույն հոդվածին համապատասխան տրամադրվող գործելակարգը չի վերաբերում այն արտոնություններին, որ մի Պայմանավորվող կողմը տրամադրում է երրորդ պետությունների քաղաքացիներին կամ ընկերություններին կրկնակի հարկումից խուսափելու վերաբերյալ համաձայնագրի կամ հարկային հարցերի վերաբերյալ այլ պայմանավորվածությունների հիման վրա:

ՀՈԴՎԱԾ 4

1/ Մի Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիների կամ ընկերությունների կապիտալ ներդրումները մյուս Պայմանավորվող կողմի տարածքում օգտվում են լիակատար պաշտպանությունից և լիակատար անվտանգությունից:

2/ Մի Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիների կամ ընկերությունների կապիտալ ներդրումները բռնագրավման, պետականացման կամ ներգործությամբ բռնագրավմանը կամ պետականացմանը հավասարեցված այլ միջոցառումների մյուս Պայմանավորվող կողմի տարածքում կարող են ենթարկվել միայն հասարակական շահերից ելնելով և փոխհատուցում վճարելով: Փոխհատուցումը պետք է համապատասխանի բռնագրավման, պետականացման փաստորեն իրականացված կամ իրականացվելիք միջոցառումների կամ համանման հետևանքներով միջոցառումների պաշտոնական ծանուցմանը անմիջականորեն նախորդող պահին բռնագրավված կապիտալ ներդրման արժեքին: Փոխհատուցումը պետք է վճարվի անհապաղ և մինչև դրանք վճարելու պահը փոխհատուցման գումարի վրա բանկային տոկոսներ են գալիս գործող տոկոսային դրույքին համապատասխան. այն պետք է լինի գործնականորեն օգտագործելի և ազատ փոխադրելի: Բռնագրավման, ազգայնացման կամ իր բնույթով համանման միջոցառման իրականացման պահից ոչ ուշ պետք է համապատասխան ձևով հոգ տարվի փոխհատուցման չափը որոշելու և վճարելու համար: Պետք է նախատեսվի բռնագրավման, ազգայնացման կամ իր բնույթով համանման միջոցառման իրականացման օրինականությունը, ինչպես նաև փոխհատուցման չափը դատական կարգով քննության առնելու հնարավորությունը:

3/ Մի Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիներին կամ ընկերություններին որոնց կապիտալ ներդրումներին մյուս Պայմանավորվող կողմ տարածքում վնաս է հասցրել պատերազմի կամ այլ զինված ընդհարումների, հեղափոխության, արտակարգ դրության կամ խռովության հետևանքով, այս Պայմանավորվող կողմը պետք է վնասների հատուցման, հրաժարագումարների փոխհատուցման կամ այլ վարձահատուցումների նկատմամբ ոչ պակաս բարենպաստ գործելակարգ տրամադրի, քան իր սեփական քաղաքացիների կամ ընկերություններին: Այդ վճարումները պետք է ազատ փոխադրելի լինեն:

4/ Մի Պայմանավորվող կողմի քաղաքացինեը կամ ընկերությունները մյուս Պայմանավորվող կողմի տարածքում օգտվում են սույն հոդվածով կարգավորող հարցերի նկատմամբ առավել բարենպաստման գործելակարգից:

ՀՈԴՎԱԾ 5

Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրը մյուս Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիներին կամ ընկերություններին երաշխավորում է կապիտալ ներդրումների հետ կապված վճարումների ազատ փոխադրում մասնավորապես՝

ա/ կապիտալի և կապիտալ ներդրումների ծավալը պահպանելու կամ ավելացնելու համար լրացուցիչ գումարների,

բ/ եկամուտների,

գ/ փոխառությունների մարման համար վճարվող գումարների,

դ/ կապիտալ ներդրումների լրիվ կամ մասնակի վերացման կամ օտարման դեպքում առաջացող հասույթի,

ե/ սույն Պայմանագրի 4-րդ հոդվածում նախատեսված փոխհատուցումների:

ՀՈԴՎԱԾ 6

Եթե Պայմանագրվող կողմերից մեկը մյուս Պայմանագրվող կողմի տարածքում կապիտալ ներդրման երաշխիքի հիման վրա գումարներ է վճարում իր քաղաքացիներին կամ ընկերություններին, ապա այդ մյուս Պայմանագրվող կողմը, առանց առաջին Պայմանագրվող կողմի սույն Պայմանագրի 10 հոդվածից բխող իրավունքները խախտելու /օրենքի կամ գործարքի հիման վրա/ ճանաչելու է այդ քաղաքացիների կամ ընկերությունների բոլոր իրավունքների ու պահանջների հանձնումը առաջին Պայմանավորվող կողմին: Բացի դրանից, մյուս Պայմանավորվող կողմը ճանաչում է առաջին Պայմանավորվող կողմի՝ այդ բոլոր իրավունքների կամ պահանջների /հանձնված իրավունքների/ տնօրինմանը, որպիսիք առաջին Պայմանավորվող կողմը իրավասու է իրականացնելու նույն ծավալով, ինչ իրավանախորդը: Պահանջի հանձնված իրավունքների հիման վրա իրականացվող վճարների փոխանցման նկատմամբ համապատասխանաբար գործում են սույն Պայմանագրի 4 հոդվածի 2 և 3 պարբերությունները ինչպես նաև 5 հոդվածը:

ՀՈԴՎԱԾ 7

1/ 4 հոդվածի 2 կամ 3 պարբերություններում, ինչպես նաև 5 կամ 6 հոդվածներում նշված վճարների փոխանցումները իրականացվում են անհապաղ, ըստ տվյալ պահին գործող կուրսի:

2/ Այդ կուրսը պետք է համապատասխանի հաշվարկային կուրսերից այն բխող համատեղված կուրսին, որոնք միջազգային տարադրամային ֆոնդը հիմք կընդուներ համապատասխան տարադրամների միջազգային վճարումների վերահաշվարկման համար /special drawing rights/ վճարումների իրականացման պահին:

ՀՈԴՎԱԾ 8

1/ Եթե մի Պայմանավորվող կողմի օրենսդրությունից կամ Պայմանավորվող կողմերի միջև սույն Պայմանագրի հետ միաժամանակ կամ հետագայում գոյացող միջազգային-իրավական պարտավորություններից բխում է մի ընդհանուր կամ հատուկ դրույթ, ըստ որի մյուս Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիների կամ ընկերությունների կապիտալ ներդրումները առ-ավել բարենպաստ գործելակարգից պիտի օգտվեն, քան նախատեսվում է սույն Պայմանագրով, ապա այդպիսի դրույթը առավելություն կունենա սույն Պայմանագրի դրույթների նկատմամբ, քանի որ առավել բարենպաստ է:

2/ Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրը պահպանելու է ամեն մի այլ պարտավորություն, որ նա ստանձնել է մյուս Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիների կամ ընկերությունների կապիտալ ներդրումներ նկատմամբ իր տարածքում:

ՀՈԴՎԱԾ 9

Սույն Պայմանագիրը վերաբերում է նաև այն կապիտալ ներդրումներին, որոնք իրականացրել են մի Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիները կամ ընկերությունները մյուս Պայմանավորվող կողմի օրենսդրությանը համապատասխան նրա տարածքում դեռևս մինչև սույն Պայմանագրի ուժի մեջ մտնելը:

ՀՈԴՎԱԾ 10

1/ Սույն Պայմանագրի մեկնաբանման կամ կիրառման, առնչությամբ Պայմանավորվող կողմերի միջև ծագած տարաձայնությունները, ըստ հնարավորության պետք է հարթվեն երկու Պայմանավորվող կողմերի կառավարությունների կողմից:

2/ Եթե այդ եղանակով տարաձայնությունները չեն կարող հարթվել, ապա Պայմանավորվող կողմերից մեկի պահանջով այն հանձնվում է միջնորդական դատարանին:

3/ Միջնորդական դատարանը ստեղծվում է յուրաքանչյուր կոնկրետ դեպքի համար. ընդ որում յուրաքանչյուր Պայմանավորվող կողմ նշանակում է միջնորդական դատարանի մեկ անդամ, և միջնորդական դատարանի երկու անդամները միասին պայմանավորվում են երրորդ պետության քաղաքացու թեկնածության մասին, որին երկու Պայմանավորվող կողմերի կառավարությունները նշանակում են միջնորդական դատարանի նախագահ: Միջնորդական դատարանի անդամները պետք է նշանակվեն երկու ամսվա ընթացքում, իսկ միջնորդական դատարանի նախագահը՝ երեք ամսվա ընթացքում սկսած այն պահից, երբ Պայմանավորվող կողմերից մեկը մյուս Պայմանավորվող կողմին կհայտնի փարակարծությունը միջնորդական դատարանի վճռին հանձնելու իր մտադրության մասին:

4/ Եթե սույն հոդվածի 3-րդ պարբերությունում նշված ժամկետները չպահպանվեն, ապա այլ պայմանավորվածության բացակայության դեպքում Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրը կարող է անհրաժեշտ նշանակումներն իրականացնելու նպատակով դիմել ՄԱԿ-ի միջազգային դատարանի նախագահին: Եթե նախագահը Պայմանավորվող կողմերից մեկի քաղաքացիություն ունի կամ մեկ այլ պատճառ նրան խանգարում է իրականացնելու այդ գործունեությունը, ապա նշանակումները կկատարի փոխնախագահը: Եթե փոխնախագահը ևս Պայմանավորվող կողմերից մեկի քաղաքացիությունն ունի կամ որևէ այլ պատճառով չի կարող նշանակումներ կատարել, ապա նշանակումները կկատարի Միջազգային դատարանի ըստ աստիճանի հաջորդ անդամը որը Պայմանավորվող կողմերից ոչ մեկի քաղաքացիություն չունի:

5 /Միջնորդական դատարանն իր վճիռը կայացնում է ձայների մեծամասնությամբ: Նրա վճիռները պարտադիր ուժ ունեն: Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրը կրում է միջնորդական դատարանի իր նշանակված անդամի գործունեության, ինչպես նաև դատական գործընթացում իր ներկայացուցչության հետ կապված ծախսերը. Միջնորդական դատարանի նախագահի գործունեության հետ կապված ծախսերի, ինչպես նաև մյուս ծախսերը Պայմանավորվող կողմերը կրում են հավասարապես: Միջնորդական դատարանը կարող է ծախսերի կարգավորման վերաբերյալ այլ որոշում ընդունել: Մնացած բոլոր հարցերում միջնորդական դատարանը իր աշխատակարգը որոշում է ինքնուրույն:

6/ Եթե երկու Պայմանավորվող կողմերը կապիտալ ներդրումների վերաբերյալ պետությունների և այլ պետությունների քաղաքացիների միջև վեճերի կարգավորման 1965 թ. մարտի 18-ի Կոնվենցիայի մասնակից պետություններ են հանդիսանում, ապա տվյալ կոնվենցիայի 27 հոդվածի 1 պարբերության դրույթները հաշվի առնելով, սույն հոդվածում հիշատակված միջնորդական դատարանին դիմել հնարավոր չէ, եթե մի Պայմանավորվող կողմի քաղաքացու կամ ընկերության և մյուս Պայմանավորվող կողմի միջև պայմանավորվածություն է ձեռք բերվել Կոնվենցիայի 25 հոդվածին համապատասխան: Դրանով չի շրջանցվում Սույն հոդվածում հիշատակված միջնորդական դատարանին դիմելու հնարավորությունը հիշյալ Կոնվենցիային /հոդված 27/ համապատասխան գործող միջնորդական դատարանի վճիռը չհարգելու դեպքում կամ օրենքի կամ գործարքի հիման վրա իրավունքը փոխանցելու դեպքում /սույն Պայմանագրի 6 հոդվածի համաձայն/:

ՀՈԴՎԱԾ 11

1/ Մի Պայմանավորվող կողմի և մյուս Պայմանավորվող կողմի քաղաքացու կամ ընկերության միջև կապիտալ ներդրումների առնչությամբ փարակարծությունները ըստ հնարավորին պետք է կողմերը կարգավորեն փոխադարձ համաձայնությամբ:

2/ Եթե վեճը չի կարող կարգավորել կողմերից մեկի այդ մասին հայտարարելու պահից սկսված վեց ամսվա ընթացքում, ապա մյուս Պայմանավորվող կողմի քաղաքացու կամ ընկերության պահանջով այն հանձնվում է միջնորդական դատարանի վճռին: Եթե վիճաբանության կողմերը մեկ այլ համաձայնության չեն գալիս, ապա պետք է սույն Պայմանագրի 10 հոդվածի 3-5 պարբերությունները համապատասխանաբար կիրառել այն պայմանով, որ միջնորդական դատարանի անդամների նշանակումը վիճաբանության կողմերն իրականացնեն սույն Պայմանագրի 10 հոդվածի 3 պարբերությանը համապատասխան, և որ կողմերից յուրաքանչյուրը սույն Պայմանագրի 10 հոդվածի 3 հպարբերությունում նշված ժամկետը չպահպանելու և այլ պայմանավորվածության բացակայության, դեպքում կարող է դիմել Փարիզում Միջազգային առևտրաարդյունաբերական պալատի միջնորդական դատարանի նախագահին՝ խնդրելով կատարել անհրաժեշտ նշանակումները: Միջնորդական դատարանի որոշումը ի կատար է ածվում ազգային օրենսդրությանը համապատասխան:

3/ Միջնորդական դատաքննության կամ միջնորդական դատարանի որոշման կատարման ժամանակ վիճաբանությանը մասնակցող Պայմանավորվող կողմը որպես առարկություն չի կարող ներկայացնել այն փաստը, որ մյուս Պայմանավորվող կողմի քաղաքացին կամ ընկերությունը կրած վնասի համար մասնակի կամ լրիվ փոխհատուցում է ստացել ապահովագրության հիմունքով:

4/ Եթե երկու Պայմանավորվող կողմերը նաև կապիտալ ներդրումների վերաբերյալ պետությունների և այլ պետությունների քաղաքացիների միջև վեճերի կարգավորման 1965 թ. մարտի 18-ի Կոնվենցիայի մասնակից պետություններ են դարձել, ապա վիճաբանության կողմերի միջև առկա տարաձայնությունները ըստ սույն հոդվածի քննության է առնում վերոհիշյալ կոնվենցիայի շրջանակում գործող միջնորդական դատարանը, բացառությամբ այն դեպքերի, որոնց նկատմամբ վիճաբանության կողմերը այլ ընթացակարգի մասին են պայմանավորվում: Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրը սույնով իր համաձայնությունն է տալիս այդպիսի կարգին:

ՀՈԴՎԱԾ 12

Սույն Պայմանագիրը գործում է անկախ այն բանից, թե երկու Պայմանավորվող կողմերի միջև դիվանագիտական կամ հյուպատոսական հարաբերություններ գոյություն ունեն, թե ոչ։

ՀՈԴՎԱԾ 13

1/ Սույն Պայմանագիրը ենթակա է վավերացման, վավերագրերի փոխանակումը կկատարվի հնարավորին չափ սեղմ ժամկետում։

2/ Սույն Պայմանագիրը ուժի մեջ կմտնի վավերագրերի փոխանակումից հետո մեկ ամիս անց։ Այն գործելու է տասը տարի։ Եթե պայմանավորվող կողմերից ոչ մեկը սույն Պայմանագիրը գրավոր չեղյալ չհայտարարի դրա գործողության ժամկետը լրանալուց տասներկու ամիս առաջ, սույն Պայմանագիրը կերկարացվի անսահմանափակ ժամկետով։

3/ Մինչև սույն պայմանագրի գործողության դադարեցման պահին իրականացված կապիտալ ներդրումների նկատմամբ 1-12 հոդվածների դրույթները ուժի մեջ կմնան Պայմանագրի գործողությունները դադարեցման օրվանից հետագա քսան տարիների ընթացքում։

ՀՈԴՎԱԾ 14.

Սույն Պայմանագրի ուժի մեջ մտնելու պահից սկսված Գերմանիայի Դաշնակցային Հանրապետության և Հայաստանի Հանրապետության միջև դադարում է գործել Գերմանիայի Դաշնակցային Հանրապետության և Խորհրդային Միության միջև 1989 թ. հունիսի 13-ի կապիտալ ներդրումների փոխադարձ պաշտպանության և խրախուսման մասին պայմանագիրը։

Կնքված է 1995 թվականի դեկտեմբերի 21 -ին Երևան քաղաքում, երկու բնօրինակից, յուրաքանչյուրը գերմաներենով և հայերենով, ընդ որում երկու տեքստն էլ հավասարազոր են։

ԳԵՐՄԱՆԻԱՅԻ ԴԱՇՆԱԿՑԱՅԻՆ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ ԿՈՂՄԻՑ
Կինկել

ՀԱՅԱՍՏԱՆԻ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ ԿՈՂՄԻՑ
Փափազյան

ԱՐՁԱՆԱԳՐՈՒԹՅՈՒՆ

Կապիտալ ներդրումների խրախուսման ու փոխադարձ պաշտպանության մասին Գերմանիայի Դաշնակցային Հանրապետության և Հայաստանի Հանրապետության միջև պայմանագիրը ստորագրելիս ներքոստորագրյալ լիազորները նաև պայմանավորվեցին Պայմանագրի բաղկացուցիչ մասը հանդիսացող հետևյալ դրույթների շուրջը։

/1/ ՀՈԴՎԱԾ 1-ի համար

ա/ Կապիտալ ներդրումից ստացված շահույթը և այն կրկին ներդնելու դեպքում դրանից ստացված շահույթները օգտվում են կապիտալ ներդրման համար նախատեսված հավասար պաշտպանությունից։

բ/ Քաղաքացիությունը որոշելու այլ կարգից անկախ, Պայմանավորվող կողմի քաղաքացի, մասնավորապես, համարվում է ամեն մի անձնավորություն, որն ունի համապատասխան Պայմանավորվող կողմի իրավասու մարմինների կողմից տրված ազգային անձնագիր։

/2/ ՀՈԴՎԱԾ 2-ի համար

ա/ Մի Պայմանավորվող կողմի օրենսդրությանը համապատասխան՝ նրա տարածքում մյուս Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիների կամ ընկերությունների կողմից կատարված կապիտալ ներդրումները օգտվում են սույն Պայմանագրի լիակատար պաշտպանությունից։

բ/ Սույն Պայմանագիրը գործում է նաև արտոնյալ տնտեսական գոտու և մայրցամաքային ծանծաղուտի տարածքում, որքանով միջազգային իրավունքը համապատասխան Պայմանավորվող կողմին թույլ է տալիս ինքնիշխան իրավունքներ կամ լիազորություններ իրականացնել այդ տարածքներում։

/3/ ՀՈԴՎԱԾ 3-ի համար

ա/ Սույն Պայմանագրի 3-րդ հոդվածի 2-պարբերության իմաստով որպես «գործունեություն» պետք է համարել, մասնավորապես, բայց ոչ բացառապես, կապիտալ ներդրման ղեկավարումն ու տնօրինումը, ինչպես նաև դրա կիրառումը և օգտագործումը։ Սույն Պայմանագրի 3-րդ հոդվածի իմաստով որպես «պակաս բարենպաստ» գործելակարգ պետք է, մասնավորապես, դիտել տարբեր մոտեցումը հումքի և օժանդակ նյութերի, էներգիայի ու վառելիքի, ինչպես նաև արտադրության միջոցների ու արտադրական նյութերի բոլոր տեսակների ստացման սահմանափակման դեպքում, տարբեր մոտեցում, երկրի ներսում և արտասահմանում արտադրանքի վաճառքի խոչընդոտման դեպքում, ինչպես նաև համանման հետևանքներով մյուս միջոցառումները։ Ի շահ հասարակական անվտանգության և հասարակական կարգի, ժողովրդի առողջության պահպանման կամ բարոյականության ձեռնարկվող միջոցները սույն Պայմանագրի 3-րդ հոդվածի իմաստով, «պակաս բարենպաստ» գործելակարգ չեն համարվում։

բ/ Սույն Պայմանագրի 3-րդ հոդվածի դրույթները Պայմանավորվող կողմին չեն պարտավորեցնում հարկային արտոնությունները, ազատումները ու զեղչերը որ տրամադրվում են հարկային օրենսդրությանը համապատասխան միայն իր տարածքում բնակվող կամ գտնվող ֆիզիկական անձանց կամ ընկերություններին, տարածելու մյուս Պայմանավորվող կողմի տարածքում բնակվող կամ գտնվող ֆիզիկական անձանց կամ ընկերությունների վրա։

գ/ Պայմանավորվող կողմերը ազգային օրենսդրության շրջանակներում, բարյացակամորեն կքննեն մի Պայմանավորվող կողմի այն անձանց մուտք գործելու և գտնվելու հայտերը, որոնք կապիտալի ներդրման կապակցությամբ մտադիր են գալ մյուս Պայմանավորվող կողմի տարածքը. տվյալ դրույթը տարածվում է նաև մի Պայմանավորվող կողմի աշխատավորների վրա. որոնք կապիտալ ներդրման կապակցությամբ մտադիր են գալ մյուս Պայմանավորվող կողմի տարածքը և այնտեղ գտնվել աշխատանքային գործունեություն ծավալելու նպատակով։ Բարյացակամորեն կքննվեն նաև աշխատանքի թույլտվության ստանալու հայտերը։

/4/ ՀՈԴՎԱԾ 4-ի համար

Փոխհատուցում պահանջելու իրավունք գոյություն ունի նաև այն դեպքերում, եթե պետությունն իր միջոցառումներով միջամտում է կապիտալ ներդրման առարկա հանդիսանող ձեռնարկմանը և դրանով իսկ էական տնտեսական վնաս հասցնում նրան։

/5/ ՀՈԴՎԱԾ 7-ի համար

Փոխանցումը սույն Պայմանագրի 7 հոդվածի առաջին պարբերության իմաստով «անհապաղ» կատարված է համարվում այն դեպքում, եթե կատարվում է այն ժամկետի սահմաններում, որը սովորաբար պահանջվում է փոխանցումն իրականացնելու ձևակերպումները պահպանելու համար։ Ժամկետը սկսվում է համապատասխան հայտը ներկայացնելու պահից և ոչ մի պարագայում չի կարող գերազանցել երկու ամիս ժամկետը։

/6/ Կապիտալ ներդրման կապակցությամբ բեռների և մարդկանց փոխադրման ժամանակ Պայմանավորվող կողմերից ոչ մեկը չի արգելի և չի խանգարի մյուս Պայմանավորվող կողմի տրանսպորտային ձեռնարկություններին կատարելու տրանսպորտային գործողություններ և, անհրաժեշտության դեպքում այդ փոխադրումները կատարելու թույլտվություն կտա։ Հիշյալ փոխադրումներին են վերաբերվում,

ա/ սույն Պայմանագրի իմաստով անմիջականորեն կապիտալ ներդրումների համար նախատեսված բեռների կամ Պայմանավորվող կողմերից մեկի կամ երրորդ պետության տարածքում որևէ ձեռնարկության կողմից կամ որևէ ձեռնարկության պատվերով ձեռք բերվող բեռների փոխադրումները, որոնցում սույն Պայմանագրի իմաստով, գույքային արժեքներ են ներդրված,

բ/ այն անձանց փոխադրումները, որոնք կապիտալի ներդրման կապակցությամբ գործուղման մեջ են գտնվում։

Կնքված է 1995 թվականի դեկտեմբերի 21-ին Երևան քաղաքում, երկու բնօրինակից, յուրաքանչյուրը գերմաներենով և հայերենով, ընդ որում երկու տեքստն էլ հավասարազոր են։

ԳԵՐՄԱՆԻԱՅԻ ԴԱՇՆԱԿՑԱՅԻՆ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ ԿՈՂՄԻՑ
Կինկել

ՀԱՅԱՍՏԱՆԻ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ ԿՈՂՄԻՑ
Փափազյան